

len mehr als 80 Personen verhaftet worden sein, wo es im letzten Jahr zu 15 Bombenattentaten kam. In Ürümqi wurden 1998 laut Behördenangaben 132 Terroristen, religiöse Extremisten und Separatisten inhaftiert. Die Polizeizusammenarbeit mit dem Nachbarland Kasachstan scheint inzwischen so weit zu gehen, daß bereits vier Personen ausgeliefert worden sein sollen, die von den chinesischen Behörden als Terroristen gesucht wurden.

Laut Amnesty International wurden viele Verhaftungen im Bezirk Ili willkürlich durchgeführt, auch soll es häufig zu Folterungen in Verhören gekommen sein. Einige Uiguren sollen lediglich deshalb inhaftiert worden sein, weil sie mit mutmaßlichen Untergrundaktivisten verwandt seien. Die Massenverhaftungen der Sicherheitsorgane hätten die ethnischen Spannungen in der Region weiter verschärft. -hei-

13 Dissidenten gründen weitere Zweigstellen der „Demokratischen Partei Chinas“

Im Februar haben 18 Dissidenten fünf weitere regionale Ableger der verbotenen „Demokratischen Partei Chinas“ (für die Provinzen Hebei, Henan und Liaoning sowie in den Städten Xi'an und Huanggang) gegründet und damit der staatlichen Repression zu trotzen versucht. Seit Juni 1998 sollen laut Dissidenten-Angaben 27 Zweigstellen der Oppositionspartei mit insgesamt zwei- bis fünfhundert Mitgliedern bzw. Sympathisanten (die Angaben schwanken stark) zumindest kurzzeitig etabliert worden sein.

Im Dezember waren vier der wichtigsten Aktivisten, die sich seit Juni 1998 um die Etablierung einer landesweit operierenden Oppositionspartei bemüht hatten, zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Drei weitere Aktivisten befinden sich noch in Untersuchungshaft. (IHT, 5.2.1999)

Auch bei den jetzt bekannt gewordenen Aktivisten der „Demokratischen Partei Chinas“ handelt es sich offenbar überwiegend um „Dissidenten-Veteranen“, die bereits im Zusammenhang mit früheren politischen Aktivitäten Gefängnisstrafen absitzen mußten und seitdem politisch stigmatisiert sind. -hei-

14 Mehr als die Hälfte der ländlichen Parteimitglieder ist dem „Aberglauben“ verfallen

Die parteinahe Chinesische Vereinigung für Wissenschaft und Technologie hat in einer Umfragestudie festgestellt, daß mehr als 50% der Parteimitglieder in ländlichen Regionen „abergläubischer“ Praktiken anhängen. Für die Studie waren 3.000 Personen in 30 Provinzen Chinas befragt worden.

Viele Partei- und Staatskader und selbst technisches Leitungspersonal griffen mehr oder weniger regelmäßig auf Wahrsagerei, rituelle Opfergaben oder die traditionelle Geomantik (*fengshui*) zurück, um sich ihres Weges zum Glück zu versichern. Manche leitende Kader propagierten diese Praktiken sogar offen gegenüber der dörflichen Bevölkerung.

Die Vereinigung für Wissenschaft und Technik stellte insgesamt eine rasche Zunahme der Akzeptanz „abergläubischer“ Praktiken fest. Diese Tendenz wird auch durch andere spektakuläre Meldungen bestätigt. So errichteten etwa jüngst Bauern in den Gebieten, die im letzten Jahr von schweren Überschwemmungen getroffen worden waren, Tempel zu Ehren Mao Zedongs, weil sich die buddhistischen Gottheiten nicht als hilfreich gegen die Naturkatastrophen erwiesen hätten. (SCMP, 10./19.2.1999; XNA, 18.2.1999)

Eines der erstaunlichen Phänomene, das Chinas städtische Gesellschaft erfaßt hat, ist die buddhistische Falun-Gong-Bewegung um Li Hongzhi, der inzwischen Dutzende Millionen Chinesen anhängen sollen. Mit deutlich chiliastisch-endzeitlichen Untertönen versprechen Qigong-Meister Li Hongzhi und seine Anhänger die Erlösung aus einer Welt des Verfalls durch Selbstkultivierung innerer Energien. Meister Li residiert inzwischen in den Vereinigten Staaten und hält in China keine Massenveranstaltungen mehr ab. Seine Bücher sind in China offiziell verboten worden, finden aber in Form von Raubkopien weiterhin reißenden Absatz. Selbst unter Spitzenkadern der Kommunistischen Partei soll es Anhänger der Lehren von Li Hongzhi geben. (SZ, 4.2.1999) -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jh.

Der Staatsrat hat kürzlich einen Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jahrhundert (*Mianxiang 21 shiji jiaoyu zhenxing xingdong jihua*) gebilligt. Ziel dieses Aktionsplans ist es, Chinas „sozialistische Modernisierung“ und insbesondere die Strategie, daß Wissenschaft und Bildung das Land zur Blüte führen sollen, zu verwirklichen. Dazu wird es als notwendig erachtet, daß die ganze Gesellschaft dem Bildungswesen größte Aufmerksamkeit widmet und die Regierungen aller Ebenen der Entwicklung der Bildung prioritäre Bedeutung beimessen.

Im einzelnen nennt der Aktionsplan folgende konkrete Ziele:

Bis zum Jahr 2000

- Einführung der neunjährigen Schulpflicht, Abschaffung des Analfabetentums sowie nachdrückliche Verfolgung qualitativer Bildung;
- Verbesserung der beruflichen Bildung und der Weiterbildung, um den neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Arbeitskräften in den Städten und auf dem Lande sowie den Berufstätigen überall jede Form von Bildung und Weiterbildung zu ermöglichen;
- stetiger Ausbau der Hochschulbildung mit dem Ziel einer Hochschulzugangsrates von rund 11%;
- Ausbildung hochqualifizierter Fachleute mit innovativen Fähigkeiten;
- Stärkung der wissenschaftlichen Forschung an den Hochschulen, die Beiträge für die wirtschaftliche Entwicklung leisten sollen, insbesondere auf den Gebieten Hochtechnologie und neue Technologien;
- Intensivierung der Reform.

Bis zum Jahr 2010

- Allgemeine Einführung der Sekundarstufe II, d.h. der zwölfjährigen Schulpflicht, in den Städten und den entwickelten Gebieten mit dem Ziel, ein Bildungsniveau zu erreichen, das in bezug auf die absolvierten Schuljahre der Bevölkerung dem der fortgeschrittensten Entwicklungsländer entspricht;
- Ausweitung der Hochschulbildung mit dem Ziel, daß die Hochschulzugangsrate etwa 15% erreicht und eine Reihe von Hochschulen und Schwerpunktdisziplinen Weltniveau erlangen;
- im wesentlichen ein System des lebenslangen Lernens errichten und hervorragend qualifizierte Fachleute haben, die Beiträge für die Wissensinnovation und Modernisierung leisten.

Zur Erreichung dieser Ziele werden folgende Maßnahmen gefordert:

- Anhebung der Qualität der Bildung und der Lehrer;
- Stärkung der Hochschulforschung und Aufbau eines staatlichen Systems der Wissensinnovation;
- weiterer beschleunigter Ausbau des „Projekts 211“ (im Rahmen dieses Projekts sollen im 21. Jh. 100 Universitäten und Schlüssel-disziplinen Weltniveau erreichen) sowie Stärkung der Fähigkeiten der Hochschulen zur Wissensinnovation;
- Aufbau eines offenen Bildungsnetzes und eines Systems des lebenslangen Lernens;
- Intensivierung der Forschung und Entwicklung an den Hochschulen auf den Gebieten neue Technologien und Hochtechnologie zur Erzielung neuen Wirtschaftswachstums;
- Umsetzung des Hochschulgesetzes (1998), insbesondere schrittweiser Ausbau der Hochschulbildung, Beschleunigung der Reform der Hochschulbildung sowie Anhebung der Qualität und Effektivität der Bildung;
- Ausbau der Berufs- und Erwachsenenbildung, Ausbildung gut qualifizierter Arbeitskräfte und Fachleute der mittleren Ebene, insbesondere Ausweitung der Aus-

- bildung für die Landwirtschaft und den ländlichen Arbeitsmarkt;
- Stärkung des Engagements zum Ausbau des Schulwesens;
- Sicherstellung der gesetzlich vorgeschriebenen Zuwächse der Bildungshaushalte;
- Stärkung der ideologisch-politischen Arbeit an den Hochschulen (Hochhaltung der Theorien Deng Xiaopings), damit die Hochschulen zu wichtigen Stützpunkten für den „Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation“ werden.
(RMRB, 25.2.99)

Wie Bildungsministerin Chen Zhili auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des NVK erläuterte, habe das Bildungsministerium auf Geheiß der Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung im April 1998 damit begonnen, den Aktionsplan zu formulieren. Die Ministerin kündigte an, daß in diesem Jahr die dritte nationale Bildungskonferenz seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik veranstaltet würde. Der Aktionsplan diene der Vorbereitung dieser Konferenz und liefere die bildungspolitischen Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Sie rief alle örtlichen Regierungen auf, Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans zu treffen. (Vgl. ebd.)

Mit dem Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jahrhundert hat das Bildungsministerium den bestehenden Bildungsplänen einen weiteren zugefügt. Abgesehen von den Fünfjahresplänen und den mittelfristigen Perspektivplänen gibt es das im Februar 1993 erlassene Programm für die Reform und Entwicklung des Bildungswesens, das weiterhin Gültigkeit besitzt. Im Unterschied zu diesen Plänen, die alle Bildungs- und Schulstufen gleichermaßen betreffen, setzt dieser Plan klare Akzente. Eindeutig steht die Hochschulbildung im Vordergrund. Darin spiegelt sich die bildungspolitische Linie der Regierung wider, die nach dem Motto „Wissenschaft und Bildung sollen das Land zur Blüte bringen“ neue Wissenschaften sowie Hochtechnologie fördern will, um auf diese Weise ein höheres Wirtschaftswachstum zu erzielen. Zur Verfolgung dieser Strategie liefert der Ak-

tionsplan die entsprechenden Anwendungen. Weitere Schwerpunkte sind die Berufsbildung und das ländliche Bildungswesen. -st-

16 Ausweitung des Selbststudiums aufs Land

Zu den nonformalen Bildungsgängen auf Hochschulebene zählt das Selbststudium, das in der Reformperiode, also seit Beginn der achtziger Jahre, stark ausgebaut wurde. Der Vorteil beim Selbststudium ist, daß keine Aufnahmeprüfungen erforderlich sind, sondern der Zugang offen ist. Auch werden keine bestimmten Schulabschlüsse oder andere Qualifikationen gefordert. Die Studenten registrieren sich und nehmen das Studium in Form des Selbststudiums anhand von Lehrbüchern und anderen vorgeschriebenen Materialien auf. In der Regel bieten Universitäten Abendkurse zur Hilfe für Studenten in den Selbststudienprogrammen an. Am Ende des Studiums legen die Studenten eine Prüfung ab, erhalten jedoch keinen akademischen Grad; doch werden sie als Hochschulabsolventen anerkannt. Bislang war diese Form des Hochschulstudiums hauptsächlich bei der städtischen Jugend beliebt; sie bot allen, die die staatliche Aufnahmeprüfung zur Hochschule nicht bestanden hatten, eine Studienmöglichkeit.

Neuerdings zeichnet sich bei diesem nonformalen Studiengang ein Wandel ab: Das Selbststudium breitet sich zunehmend unter der ländlichen Jugend aus. Die Bildungspolitiker hatten sich seit Beginn der neunziger Jahre Gedanken über das Problem gemacht, wie akademisches Fachwissen in die ländlichen Gebiete zu bringen sei. Der Versuch, an die Hochschulabsolventen zu appellieren, zunächst freiwillig auf dem Lande tätig zu sein, war und ist nicht sehr erfolgreich, weil die meisten Jungakademiker es vorziehen, in den Städten zu arbeiten. Deshalb scheint es eine vielversprechendere Methode zu sein, die auf dem Lande ansässige Bevölkerung für ein Hochschulstudium zu interessieren, zumal diese ohnehin aufgrund des niedrigeren Schulniveaus kaum eine Möglichkeit hat, die Aufnahme in eine reguläre Hochschule zu schaffen. Dabei wird akademisches Fachwissen auf dem Lande drin-

gend benötigt, denn ein Grund für die großenteils mangelhafte Entwicklung auf dem Lande ist das niedrige Niveau der Arbeitskräfte in höheren Positionen.

Vorreiter der Entwicklung ist die Provinz Zhejiang, wo sich seit 1992 die Erkenntnis durchsetzte, das Selbststudium müsse in den ländlichen Gebieten verbreitet werden. Dies war allerdings nicht ohne weiteres möglich, waren doch verschiedene Probleme zu bewältigen:

1. Mangelnde Transparenz: Die Dörfer brauchen zwar wissenschaftliche Kenntnisse, aber sie wissen nicht, daß es die Möglichkeit des Selbststudiums gibt. Selbst Kader und Lehrer wissen zu wenig über das Selbststudium.
2. Fehlende Unterstützung beim Selbststudium: Auf dem Lande gibt es keine Lehrbücher zu kaufen, es fehlt an Lehrmaterialien und an Hilfestellung beim Selbststudium.
3. Das Fächerangebot im Selbststudium entspricht nicht der Nachfrage in den Dörfern. Die Fächer sind häufig zu wenig anwendungsorientiert.

Abgesehen von diesen Problemen mußte unter der ländlichen Bevölkerung, die normalerweise nicht viel von Bildung hält, Aufklärungsarbeit geleistet werden, um die Akzeptanz von Hochschulstudien zu erhöhen. In Zhejiang wurden diese Probleme in den vergangenen Jahren gezielt und mit Erfolg angegangen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1998 hatten in der Provinz unterhalb der Kreisebene insgesamt 170.000 ein Selbststudium absolviert, das waren 57,7% aller Selbstprüfer. Ein Anteil von 32% kam sogar aus Dörfern, lebt also unterhalb der Gemeinde- und Kleinstadtebene.

Um dieses Ergebnis zu erzielen, wurden die folgenden Maßnahmen ergriffen: Entscheidend war, daß man an die Basis ging. In den Dörfern selbst wurden Stützpunkte (*jidi*) errichtet, die die unmittelbare Anlaufstelle für ein Selbststudium sind. Danach wurden auf der Ebene der Gemeinden (*xiang*) und der Kleinstädte (*zhen*) Kontaktstellen für Selbstprüfer (*zikao lianluozhan*) gegründet. Für diese Stellen sind die örtlichen Regierungen der

xiang und *zhen* zuständig. Bis Ende 1998 gab es in Zhejiang bereits in fast einem Drittel aller *xiang* und *zhen*, nämlich in 552 Verwaltungseinheiten dieser Ebene, derartige Kontaktstellen. Hilfestellung beim Studium, die eine unabdingbare Voraussetzung für das Selbststudium ist, wird durch die Einrichtung kleiner Lerngruppen gewährleistet. Die Fächerstruktur wurde auf die Bedürfnisse der Dörfer abgestellt; dabei wurde vor allem der Fächerkanon zum Nutzen der Landwirtschaft erweitert. Mit diesen organisatorischen Maßnahmen hat Zhejiang die Grundlage für die Weiterentwicklung des Selbststudiums geschaffen. Gekennzeichnet ist das so organisierte Selbststudium durch die Stützpunkte und Kontaktstellen unterhalb der Kreisebene. Das Ziel besteht aber letztlich darin, die Organisationen und Bildungsressourcen der Kreisebene für die Dörfer nutzbar zu machen, d.h. Kreis- und Gemeindeebene stärker miteinander zu verbinden, damit die Dörfer von der Bildungsinfrastruktur der Kreisstädte profitieren können. Die Zentren zur Hilfe beim Selbststudium in den Kreisstädten sollen mit den Stützpunkten zusammenarbeiten. Hilfestellung beim Lernen sollen Schulen, Betriebe oder Ämter geben, die entsprechenden Lehrkräfte sollen vom Kreis oder der Kleinstadt in die Gemeinden geschickt werden. (Vgl. dazu GMRB, 10.2.99, S. 5 u. 3.2.99, S.6.)

Die Ausweitung des Selbststudiums aufs Land wird als eine strategische und langfristige Aufgabe gesehen. Experten bewerten sie als eine Maßnahme zur Ausweitung des tertiären Bildungssektors, die in der Welt seit den 60er und 70er Jahren zu beobachten war und jetzt auch in vielen Entwicklungsländern auf der Tagesordnung steht. Da der Zugang zu den regulären Hochschulen in China durch die staatlichen Aufnahmeprüfungen äußerst begrenzt ist (derzeit beträgt die Zahl der regulären Hochschulstudenten nur 3,41 Mio., vgl. Statistisches Kommuniqué für 1998, RMRB, 27.2.99) und man offensichtlich für die formale Hochschulbildung ein hohes Niveau halten will bzw. anstrebt, bietet sich der nonformale tertiäre Bildungssektor für eine Verbreiterung der Hochschulbildung an. Derzeit haben sich landesweit rund 9 Millionen für

die Prüfungen im Rahmen des Selbststudiums registriert (GMRB, 29.1.99, S.2), von denen freilich nicht alle die Prüfungen bestehen werden. In den kommenden Jahren wird sich dieser Bildungssektor stark ausweiten, denn es ist zu erwarten, daß das Beispiel Zhejiangs Schule machen wird. In den Küstenprovinzen mit ähnlich hohem Entwicklungsniveau wie Zhejiang laufen entsprechende Bemühungen, doch wird es längere Zeit dauern, bis auch die unterentwickelten Provinzen und autonomen Regionen so weit sind, daß sie diesen Bildungssektor ausbauen können. Die Vorteile des Selbststudiums liegen auf der Hand: Die Studienkosten sind weitaus niedriger als bei einem formalen Hochschulstudium. Die Studenten studieren an ihrem Wohnort, und sie werden auch nach Absolvierung ihres Selbststudiums in ihrem Dorf bleiben und können ihr erworbenes Fachwissen direkt in der Landwirtschaft oder in ländlichen Betrieben verwerten. -st-

17 Universitätskooperationen

Die Zusammenlegung tertiärer Bildungseinrichtungen und die Errichtung formaler Kooperationen zwischen einzelnen Universitäten und Hochschulen, ein wichtiger Aspekt der Hochschulreform, schreiten weiter voran (vgl. dazu C.a., 1997/12, Ü 21 u. 1998/9, Ü 14). Kürzlich wurde bekannt, daß die beiden angesehensten Universitäten in Beijing, die Beida und die Qinghua-Universität, eine formale Kooperation eingehen. Zugleich aber wurde betont, daß keineswegs ein Zusammenschluß der beiden Universitäten geplant sei; man wolle die jeweiligen Besonderheiten erhalten. Durch die Kooperation sollen die beiderseitigen Ressourcen besser genutzt werden, z.B. Professoren ausgetauscht werden, die Bibliotheken einen Verbund eingehen und die Studenten die Möglichkeit erhalten, Kurse an der jeweils anderen Universität zu besuchen. Die Qinghua-Universität soll ihre Ausrichtung auf Natur- und Ingenieurwissenschaften behalten, doch sollen die Studenten ermutigt werden, Kurse in Philosophie und anderen Geisteswissenschaften, die an der Nachbaruniversität schwerpunktmäßig betrieben werden, an der Beida zu belegen.

Zugleich beabsichtigen beide Universitäten, ihre Fakultäten zu erweitern und auszubauen. Die Qinghua-Universität verhandelt über einen Zusammenschluß mit einer medizinischen Hochschule in Beijing und plant einen Ausbau ihrer wirtschafts- und geisteswissenschaftlichen Fakultät. Bei der Beida ist ein Zusammenschluß mit der Medizinischen Akademie Beijing und mit der Hochschule für Flugzeugindustrie im Gespräch. Außerdem hat die Beida vor, ihre Fakultät für Kunst zu einer Kunstakademie auszubauen und die Soziologie zu stärken. (SCMP, 13.2.99)

Durch die Kooperation wird es möglich sein, einen weiteren Abbau des Personals vorzunehmen. An der Beida sollen 30% des Personals, vornehmlich im Verwaltungsbereich, entlassen werden, an der Qinghua-Universität, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten bereits 3.000 Lehrkräfte und Verwaltungsleute eingespart hat, soll das Verwaltungspersonal noch einmal um 20% gekürzt werden (ebd.). Durch den Abbau der schwerfälligen Verwaltungsapparate sollen die Universitäten effektiver arbeiten und finanzielle Mittel eingespart werden, denn alle Hochschulen leiden unter knappen Finanzen. Die Rationalisierungseffekte wiederum sind eine Voraussetzung für die Aufnahme in das „Projekt 211“ (vgl. dazu C.a., 1998/6, Ü 13). In dieses Projekt sollen einmal einhundert Universitäten und Schwerpunktfächer Aufnahme finden; sie werden dann besonders gefördert und sollen Weltniveau erreichen. Viele Universitäten und Hochschulen versuchen ihre Position durch Zusammenschlüsse zu stärken. Die beiden prestigereichen Universitäten Beida und Qinghua sind bereits in das „Projekt 211“ aufgenommen worden.

In Beijing planen vier weitere Universitäten eine enge Zusammenarbeit, nämlich die Volksuniversität, die Beijinger Universität für Wissenschaft und Technik, die Beijinger Hochschule für Auslandsstudien und das Zentrale Nationalitäteninstitut (XNA, 10.2.99). Letzteres wurde übrigens kürzlich als einziges Nationalitäteninstitut in das „Projekt 211“ aufgenommen (GMRB, 3.2.99). -st-

18 Sechs Typen von Hochschulbildung

China hat eine neue Klassifizierung seiner Hochschulbildung vorgenommen, um diese mit den internationalen Bildungsstandards kompatibel zu machen. Danach werden sechs Formen der Hochschulbildung unterschieden:

1. Reguläre Hochschulen: Ihre Zahl wird mit 1.020 angegeben, die Zahl der im Grundstudium immatrikulierten Studenten mit 3,17 Mio. Alle diese Hochschulen betreiben Fernstudienabteilungen, Abenduniversitäten und Seminare für vom Dienst beurlaubte Erwachsene, so daß noch einmal 1,49 Mio. Studierende hinzukommen.
2. Erwachsenenhochschulen (Hochschulen für Angestellte und Arbeiter sowie für Verwaltungskader, Bauernhochschulen, Lehrerbildungsinstitute, unabhängige Fernstudienakademien, Rundfunk- und Fernsehuniversitäten): insgesamt 1.107 Institutionen mit 1,235 Mio. Studierenden.
3. Militäarakademien mit 169.000 Studierenden (die Zahl der Akademien wird nicht genannt).
4. Nichtstaatliche („von gesellschaftlichen Kräften betriebene“) Hochschulen mit anerkannten Studiengängen, Diplomen und Prüfungen: insgesamt 157 Institutionen mit 94.000 Studenten.
5. Fachhochschulkurse, die von der Fernsehuniversität veranstaltet werden und von 250.000 Studenten gesehen oder gehört werden.
6. Das staatliche Programm für Selbststudierer, in dessen Rahmen sich 9,15 Mio. zur Prüfung gemeldet haben.

Alle sechs Typen von Hochschulen vermitteln staatlich anerkannte Studiengänge und vergeben staatlich anerkannte Diplome. Daraus leitet das chinesische Bildungsministerium ab, daß sie die Kriterien erfüllen, die international an den Hochschulbesuch geknüpft werden. Ob dies tatsächlich der Fall ist, müßte genauer überprüft werden. Es erscheint zumindest fraglich, ob nonformale Studiengänge wie beispielsweise das Selbststudiumprogramm nach internationalem Standard als Hochschulstudium gelten kann, denn für ein Selbststudium

sind keine qualitativen Voraussetzungen erforderlich.

Das chinesische Bildungsministerium rechnet jedoch neuerdings die Studierenden der angeführten sechs Hochschulkategorien alle zur Rubrik derjenigen Bevölkerungsgruppen, die über eine Hochschulbildung verfügen. Auf diese Weise kann China eine höhere Hochschulbildungsrate vorweisen. Insgesamt beziffert das Ministerium die Zahl der Studierenden derzeit mit 17 Millionen. Die oben angeführten Studentenzahlen ergeben eine Summe von 15,56 Mio. Die Differenz setzt sich aus Studierenden religiöser Hochschulen und Teilnehmern von Fernstudien, die von den Parteischulen der verschiedenen Verwaltungsebenen organisiert werden, zusammen. Damit kommt das Ministerium in der Altersgruppe der 18-22-jährigen auf eine Hochschulbesuchsrate von 20 %. Die Regierung betont, daß China diesen Berechnungen zufolge in bezug auf die Hochschulzugangsraten über dem Durchschnitt der Entwicklungsländer liege, und wertet dieses für sie gute Abschneiden als Ergebnis der Reformpolitik. (Vgl. dazu GMRB, 29.1.99, S.2) -st-

19 Festhalten an Politik des Auslandsstudiums

Auf einer vom Bildungsministerium organisierten Tagung zum Thema „Rückkehr von Auslandsstudenten“ hat die Regierung ihre Politik bekräftigt, Studenten und Wissenschaftler zu Studien- und Forschungszwecken ins Ausland zu schicken. Die vor zwanzig Jahren wiedereingeführte Politik sei langfristig angelegt und werde sich auch in Zukunft nicht ändern. Aufgrund seines teilweise niedrigen wissenschaftlichen Niveaus sei China darauf angewiesen, das Niveau der Wissenschaftler durch Auslandsstudien anzuheben. Die Rückkehrer leisteten unschätzbare Beiträge zur Modernisierung. (RMRB, 5.2.99, S.1) Nach wie vor stellt allerdings die Rückkehrbereitschaft ein großes Problem dar. Hier scheint es in den letzten Jahren aufgrund der verschärften Bestimmungen einen positiveren Trend zu geben. Zumindest für staatliche Auslandsstipendiaten wurden die vorläufigen Bestimmungen für Auslandsstudien vom Juni 1987 (vgl. C.a., 1987/6, Ü

24) ständig verschärft. So wurde 1990 als Voraussetzung für ein Auslandsstipendium eine fünfjährige Berufstätigkeit verlangt (vgl. C.a., 1990/6, Ü 27), die einige Jahre später auf zwei Jahre gesenkt wurde (vgl. C.a., 1996/12, Ü 8), und ab 1996 mußten die Auslandsstipendiaten eine Rückkehrverpflichtung unterschreiben und eine Kautions hinterlegen (vgl. C.a., 1996/1, Ü 16). Diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, die Rückkehrerquote zu erhöhen.

Wie in einem Rechenschaftsbericht über Rückkehrer auf besagter Tagung bekanntgegeben wurde, sind seit 1978 insgesamt fast 320.000 Studenten und Wissenschaftler zum Studium ins Ausland geschickt worden. Davon sind über 100.000, also etwa ein Drittel, zurückgekehrt (RMRB, 4.2.99, S.5). In den großen Wissenschaftsinstitutionen und Programmen zur Ausbildung von Wissenschaftlern und zur Förderung der Wissenschaft stellen zurückgekehrte Auslandsstipendiaten einen bedeutenden Anteil. So sind von den 629 Akademiemitgliedern der Chinesischen Akademie der Wissenschaften 507 (= 80,6 %) zurückgekehrte Auslandsstipendiaten; bei der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften sind es 227 von 423 Akademiemitgliedern (= 53,7%). In dem Programm des Bildungsministeriums zur Ausbildung von Spitzenwissenschaftlern für das nächste Jahrhundert sind über zwei Drittel Jungakademiker, die in den letzten Jahren von einem Auslandsstudium zurückgekehrt sind. Unter den Wissenschaftlern, die am „Plan 863“ des Wissenschaftsministeriums zur Förderung der Hochtechnologieforchung beteiligt sind, oder den Preisträgern des Jungwissenschaftlerpreises, der von der Jugendliga vergeben wird, oder den hervorragenden Jungwissenschaftlern, die von der Staatlichen naturwissenschaftlichen Stiftung gefördert werden, sind etwa die Hälfte zurückgekehrte Auslandsstipendiaten. (Ebd.)

Die Zahlen zeigen zum einen, daß der Anteil der Wissenschaftler, die im Ausland studiert haben, in allen Wissenschaftsbereichen relativ hoch ist und dort wie auch in Bereichen, die der Wirtschaft unmittelbar zugute kommen, ihren Einfluß geltend machen. Zum anderen belegen die Zah-

len, daß ein relativ hoher Anteil der Auslandsstipendiaten in die Heimat zurückgekehrt ist. Wenn sich auch immer noch zwei Drittel aller in den vergangenen zwei Jahrzehnten zum Studium ins Ausland geschickten Stipendiaten im Ausland befinden, so dürfte es sich bei diesen hauptsächlich um Studenten handeln, die vor Verschärfung der Bestimmungen, also im wesentlichen in den achtziger Jahren, ins Ausland gegangen sind. Der hohe Anteil von Rückkehrern unter jüngeren Akademikern bezeugt, daß gerade in den letzten Jahren die Rückkehrerquoten gestiegen sind. Daraus läßt sich schließen, daß aus Sicht der Regierung die in den neunziger Jahren verfolgte Politik erfolgreich war.

Dies wurde auf der Tagung ebenfalls hervorgehoben. Der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing betonte, die überwiegende Mehrzahl der Auslandsstipendiaten sei patriotisch und stelle sich in den Dienst des Vaterlandes. Die Erfolge in bezug auf die Steigerung der Rückkehrerquoten wurden von den Tagungsteilnehmern auf die verbesserten Bedingungen für die Auslandsstipendiaten nach ihrer Rückkehr zurückgeführt. Die Regierung schätze das Fachwissen der Auslandsstudenten und bemühe sich um bessere Lebensbedingungen und um fachgerechten Einsatz nach der Rückkehr. Alle zuständigen Stellen wurden aufgerufen, die Arbeit auf diesem Gebiet zu verbessern. (RMRB, 5.2.99)

In diesem Jahr werden mit staatlichen Stipendien 2.300 Wissenschaftler zu Studienzwecken ins Ausland geschickt. Entsprechend den Bestimmungen erhalten „Undergraduates“ keine Stipendien mehr, sondern nur ältere Leute, die bereits in der Forschung tätig sind, oder Postgraduierte. Die Auswahl erfolgt über den Stipendiausschuß für Auslandsstudien. In diesem Jahr beträgt der Anteil höherrangiger (*gaoji*) Gastwissenschaftler 20%, derjenige regulärer Gastwissenschaftler und von Personal, das zwecks Weiterqualifizierung ins Ausland geschickt wird, 67% und derjenige von Forschungsstudenten 13%. Das Gros der Stipendiaten, nämlich 75%, kommen aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften, Medizin sowie Agrar- und Forstwissenschaft. Mit Geistes- und Sozialwissenschaften befaßten sich 20 %, und 5% mit selte-

nen Sprachen. Mit 75% wird der größte Teil der Stipendiaten nach Europa, Nordamerika und Australien geschickt; 25% erhalten ein Stipendium für Asien, Afrika oder Lateinamerika. (GMRB, 6.2.99, S.1) Entsprechend den Intentionen des Auslandsstudienprogramms, wonach in erster Linie Fachleute für die Entwicklung der Wirtschaft und die Modernisierung ausgebildet werden sollen, liegt der geographische Schwerpunkt auf den entwickelten Ländern und der fachliche auf Naturwissenschaften und technischen Fächern. -st-

20 Beijing-Bibliothek wird Staatsbibliothek

Mit Billigung des Staatsrates ist der Name der Beijing-Bibliothek (*Beijing tushuguan*) in Chinesische Staatsbibliothek (*Zhongguo guojia tushuguan*) umgeändert worden. Praktisch hat die Beijing-Bibliothek schon immer die Funktion einer Staatsbibliothek erfüllt. Sie wurde 1909 unter dem Namen *Jing shi tushuguan* gegründet und nahm 1912 ihren Betrieb für Leser auf. Unter der Nationalregierung wurde sie im Juli 1928 in „Nationalbibliothek Beiping“ (*Guoli Beiping tushuguan*) umbenannt. Seit Gründung der Volksrepublik hieß sie *Beijing tushuguan*. Die Staatsbibliothek ist mit zur Zeit 21 Millionen Bänden nicht nur die größte Bibliothek Chinas, sondern auch ganz Asiens und viertgrößte Bibliothek der Welt. Zu ihren Beständen zählen auch 260.000 wertvolle alte Bücher und über zwei Millionen alte Werke mit traditioneller Fadenbindung. Sie ist nicht nur Sammelstelle für alle in China publizierten Bücher, sondern auch Zentrum für die Vernetzung der Bibliotheken in China. (RMRB, 12.2.99, S.1) -st-

21 Krankenversicherung und Gesundheitsreform

China ist dabei, sein gesamtes Gesundheitssystem zu reformieren. Dies ist aufgrund des Zusammenbruchs des sozialen Netzes infolge der Transformation der Wirtschaft erforderlich geworden. Im alten planwirtschaftlichen System genossen Angestellte und Arbeiter in staatlichen Betrieben und Institutionen freie medizinische Versor-

gung. Eine solche ist heute nicht mehr möglich, da ein Großteil der Staatsbetriebe praktisch bankrott ist und auch der Staat die Mittel für kostenfreie medizinische Behandlung für Angestellte und Arbeiter nicht zur Verfügung hat. In den vergangenen Jahren ist das alte Gesundheitssystem praktisch vollständig zusammengebrochen. Die Auswirkungen für die Bevölkerung waren und sind teilweise katastrophal, weil ein Krankenversicherungssystem erst in Ansätzen und örtlich in unterschiedlichem Maße aufgebaut wird und daher die medizinische Versorgung der Bevölkerung teilweise nicht gegeben ist. Hinzu kommt, daß die Kosten im Gesundheitswesen, insbesondere für Medikamente, extrem schnell angestiegen sind, so daß sich viele Menschen gar keine Medikamente mehr leisten können. Insofern sind die Einführung eines Krankenversicherungssystems und die Reform des Gesundheitswesens in engem Zusammenhang zu sehen.

Ein wichtiger Schritt bei der Reform des Gesundheitswesens ist die Einführung einer Krankenversicherung. Staatlicherseits ist eine solche zunächst für die städtische Bevölkerung vorgesehen, während für die auf dem Lande lebende Bevölkerung die örtlichen Stellen zuständig sind. Am 14. Dezember 1998 faßte die Regierung den „Beschluss über die Einführung eines Krankenversicherungssystems für die medizinische Grundversorgung der Angestellten und Arbeiter in Städten und Kleinstädten“ (*Guanyu jianli chengzhen zhi gong jiben yiliao baoxian zhidu de jue ding*). In diesem Beschluss ist festgelegt, daß die Krankenversicherung für städtische Angestellte und Arbeiter im Laufe des Jahres 1999 aufgebaut werden und bis Jahresende eingeführt sein soll. (Vgl. Interview mit dem Sprecher des Gesundheitsministeriums in RMRB, 21.1.99, S.5.)

Der Beschluss, dessen Inhalt auf einer im Januar 1999 veranstalteten Gesundheitskonferenz bekannt wurde (vgl. SCMP, 8.1.99), dessen Wortlaut jedoch nicht veröffentlicht wurde, trifft Regelungen für eine Krankenpflichtversicherung für die gut 100 Millionen städtischen Arbeiter und Angestellten einschließlich ihrer Familien. Er gilt für Arbeiter und Angestellte in Staatsbetrieben, Betrie-

ben mit ausländischer Beteiligung und ausländischen Betrieben, Privatbetrieben, Regierungsorganisationen und Massenorganisationen. Er sieht vor, daß sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer für die Krankenversicherung zahlen. Der Arbeitgeber soll sechs Prozent des Lohnes bzw. Gehaltes einzahlen, der Arbeitnehmer zwei Prozent. Der Arbeitnehmeranteil wird auf ein individuelles Konto eingezahlt, das zusätzlich durch 30 Prozent des Arbeitgeberanteils aufgestockt wird. Die übrigen 70 Prozent des Arbeitgeberanteils werden in einen sog. Gemeinschaftsfonds eingezahlt.

Die Versicherungsgesellschaften führen Deckelungen ein, um die Ausgaben im Gesundheitswesen zu begrenzen. Außerdem werden nur bestimmte Krankenhäuser als Kooperationspartner zugelassen. Es wird zwischen einer Minimal- und einer Maximalversorgung durch die Krankenkassen unterschieden. Vom individuellen Konto des Arbeitnehmers werden alle Krankheitskosten bezahlt, die die Minimalversorgung betreffen. Für eine Maximalversorgung muß sich der Arbeitnehmer zusätzlich bei kommerziellen Versicherungsgesellschaften versichern. Alles, was dazwischen liegt, wird aus dem Gemeinschaftsfonds bezahlt. Das minimale Niveau liegt bei zehn Prozent des Jahreslohns/gehalts, das maximale Niveau beim vierfachen Jahreslohn/gehalt. (Vgl. ebd. u. XNA, 10.1.99)

Als weitere wichtige Maßnahme zur Eindämmung der Kosten, speziell der in den letzten Jahren rasant gestiegenen Preise für Medikamente, ist in dem Beschluss festgelegt, daß Krankenhäuser keine Medikamente mehr verkaufen dürfen. Bisher war es üblich, daß die Patienten die bei einer Behandlung im Krankenhaus vom Arzt verschriebenen Medikamente, ganz gleich, ob sie stationär oder ambulant behandelt wurden, gleich dort kauften. Künftig sollen die Krankenhäuser Medikamente nur für den Eigenbedarf und für stationär aufgenommene Patienten führen. Die Patienten können die Medikamentenpreise jetzt vergleichen und dort kaufen, wo sie am günstigsten sind. Die Krankenhäuser wird diese Bestimmung schwer treffen, denn bisher bezogen sie mindestens 50 Prozent ihres Einkommens

aus dem Verkauf von Medikamenten. Da sie praktisch das Monopol für den Verkauf von Medikamenten besaßen, konnten sie in Zusammenarbeit mit den pharmazeutischen Firmen die Preise in die Höhe treiben. Hinzu kam, daß sie vielfach unnötige und teure Medikamente verschrieben, um ihren Profit zu steigern. Nach konservativen Schätzungen sollen mindestens 30 Prozent der Kosten im Gesundheitswesen für überflüssige Medikamente ausgegeben worden sein (SCMP, 8. u. 25.1.99). In Zukunft sollen die Krankenhäuser ihr Geld nur noch mit der Behandlung von Patienten verdienen. Von seiten des Gesundheitsministeriums wird die Entkopplung von Behandlungs- und Medikamentenkosten als wichtigster Schritt zur Senkung der Kosten im Gesundheitswesen gewertet (vgl. Interview in RMRB, 21.1.99). Zugleich hofft man, daß sich das Niveau der medizinischen Behandlung erhöht, wenn der Arzt nicht mehr das Verschreiben von Medikamenten als Haupttätigkeit ansieht, sondern sich mehr dem Patienten selbst widmet (vgl. ebd. u. RMRB, 6.1.99, S.5).

Neben den hohen Kosten im Gesundheitswesen stellt die unzureichende flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Ärzten ein weiteres Problem dar, über das die Bevölkerung klagt. Dieses Problem stellt sich zum einen in den großen städtischen Krankenhäusern, zum anderen in den Armuts-, Minderheiten- und Grenzgebieten. Daß es in den letztgenannten Gebieten besonders akut ist, leuchtet ein, denn unter deren chronischer Finanzknappheit leidet auch das Gesundheitswesen. Daß Arztbesuche aber auch und gerade in den Städten Schwierigkeiten bereiten, liegt daran, daß die medizinische Versorgung dort zu wenig dezentral angelegt ist, sondern sich auf die großen Krankenhäuser konzentriert, die für die Patienten oft schwer zu erreichen sind. Hier will man sich jetzt um eine vernünftige Verteilung bemühen. (RMRB, 6.1.99)

Das dritte große Problem ist die im Vergleich zur städtischen Bevölkerung allgemein schlechtere medizinische Versorgung der ländlichen Bevölkerung. Der große Abstand zur städtischen Versorgung liegt darin begründet, daß das in der Kulturrevolution

eingeführte System der Barfußärzte im Zuge der Reformen abgeschafft wurde. Durch dieses System war eine minimale Versorgung der ländlichen Bevölkerung sichergestellt, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau. Aufgrund der in der Reformära verfolgten Professionalisierung, die auch im Gesundheitswesen gefordert wird, sind in vielen ländlichen Gegenden akademisch ausgebildete, d.h. in westlicher Medizin ausgebildete Ärzte rar, weil diese in der Regel in den Städten bleiben wollen. Ein weiterer Grund für die mangelhafte medizinische Versorgung in ländlichen Regionen ist die Tatsache, daß ein Großteil der Landbevölkerung keine oder nur eine unzureichende Krankenversicherung hat. Ein genossenschaftliches Krankenversicherungssystem ist erst im Aufbau begriffen und steht zumeist nur in den wohlhabenderen Gebieten zur Verfügung. In dieser Situation ist es verständlich, daß die chinesische Regierung eine Politik verfolgt, nach der die ländliche Bevölkerung hauptsächlich durch die Anwendung der traditionellen chinesischen Medizin versorgt werden soll. Diese hat den Vorteil, daß sie weitaus weniger kostenintensiv ist und zudem Ärzte für traditionelle Medizin, die ihre Heilkunst durchweg von älteren erfahrenen Ärzten, meist vom Vater, lernen, auf dem Lande ausreichend vorhanden sind. Die Regierung fordert deshalb den verstärkten Bau von Krankenhäusern für chinesische Medizin in den Kreisstädten. Diese sollten dann als lokale Gesundheitszentren für die örtliche Bevölkerung und zugleich als Ausbildungsstätte für Dorfärzte dienen. (Vgl. RMRB, 3.2.99, S.5)

Angesichts der Unmöglichkeit, zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein effizientes Gesundheitssystem einheitlich für Stadt und Land aufzubauen, werden die starken Unterschiede im städtischen und ländlichen Gesundheitswesen noch für lange Zeit bestehen bleiben. Das wichtigste Ziel muß die flächendeckende Einführung einer Krankenversicherung sein. -st-

Außenwirtschaft

22 „Chinas Währung wird stabil bleiben“

Mitte Februar erklärte Präsident Jiang Zemin in einem Interview für die Zeitschrift *Time*, daß die chinesische Währung trotz eines enormen Abwertungsdrucks stabil bleiben wird. Eine Abwertung, so Jiang, würde sicherlich eine Exportbelebung erleichtern. Ob und wann für China in diesem Jahr eine Devaluierung in Frage kommen könnte, darüber machte Jiang Zemin keine Ausführungen. (SCMP, 15.2.99)

Anfang Februar hatte der stellvertretende Präsident Hu Jintao bereits in einem Interview während seines Aufenthaltes in Südafrika angekündigt, daß die chinesische Regierung die Währung nicht abwerten wird. China könne eine Abwertung vermeiden, da frühzeitig genug Gegenmaßnahmen eingeleitet worden seien, um sich gegen die Auswirkungen der Asienkrise zu wappnen. Dazu zählte Hu eine Steigerung der Investitionen in die Infrastruktur sowie eine Ausweitung der Inlandsnachfrage, die das Wachstum gestützt hätte. Hu betonte außerdem, daß eine Devaluierung der chinesischen Währung nur kurzfristig die Auswirkungen der Asienkrise auffangen, die übrigen asiatischen Länder jedoch dazu zwingen würde, eine neue Runde der Abwertung zu beginnen. China als ein verantwortungsvolles Land sei bereit, die eigenen Interessen hinten anzustellen und würde den Nachbarländern niemals Probleme machen. (XNA, 5.2.99)

Im Januar hatte der Zentralbankpräsident Dai Xianglong ebenfalls erklärt, daß eine Veränderung der Währungspolitik für China nicht in Frage kommen würde. Nur wenn ein extremes Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz auftrete, dann müsse an eine Abwertung gedacht werden. Analysten rechnen damit, daß so eine Situation, ausgelöst durch weiterhin sinkende Exporte, durchaus Anfang nächsten Jahres auftreten könnte. Zu einem Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz könnte es jedoch auch jederzeit

dann kommen, wenn Auslandskapital der Banken in großem Umfang abgezogen werde. (SCMP, 12.2.99)

Ob eine Abwertung jedoch für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Chinas unbedingte Voraussetzung ist, darüber gibt es unterschiedliche Sichtweisen. So kommt ein Ökonom der Bank of China International, die Investmentbank der Bank of China, mit Blick auf die asiatischen Nachbarn eher zu einer gegenteiligen Einschätzung.

Wie die Tabelle „Abwertung und Wettbewerbsfähigkeit in den asiatischen Ländern“ zeigt, haben sich die Währungen der asiatischen Nachbarländer 18 Monate nach Ausbruch der Asienkrise wieder erholt. Allerdings mußten die Länder eine teilweise enorme Erhöhung der Inflation hinnehmen, die durch steigende Importpreise angeheizt wurde. Während die Länder dadurch an Wettbewerbsfähigkeit verloren, hat China ohne Abwertung aufgrund der sinkenden Preise an Konkurrenzfähigkeit gewonnen. Ohne die Extremfälle Malaysia und Indonesien belief sich der durchschnittliche Gewinn aus der Abwertung für die Länder auf rd. 8%. Wird ein gewogener Außenwert für den Wechselkurs des Yuan gegenüber den anderen Währungen der betrachteten Länder zugrunde gelegt, dann hat China lediglich um 3% zwischen Juli 1997 und Januar 1999 abgewertet.

Trotz der Abwertung, haben die meisten asiatischen Länder inzwischen negative Exportzuwächse, allerdings mit Ausnahme der Philippinen. Da viele südostasiatische Länder von dem Import von Rohmaterialien abhängen, hat die Abwertung ihre Einfuhren verteuert. Außerdem müssen die Länder für die Rückzahlung ihrer Schulden mehr zahlen als vor der Abwertung. China dagegen hat zwar auch Exporteinbrüche erlebt, aber gegenüber den USA, Europa und Lateinamerika die Ausfuhren beträchtlich erhöhen können. Dies bedeutet, daß die Wettbewerbsfähigkeit Chinas nicht zurückgegangen ist, obwohl keine Abwertung durchgeführt wurde. (ASWJ, 24.2.9) -schü-